

Thomas Jäger, Henrike Viehrig (Hg.): Sicherheit und Medien

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 192 S., ISBN 978-3-531-16789-3, € 34,90

Das prekäre Verhältnis von Medien und Sicherheit ist eine grundlegende Herausforderung staatlicher oder regierungsamtlicher Kommunikation in freien, pluralistischen Gesellschaften. Zwischen konsensbasierter Einflussnahme auf die Öffentlichkeit einerseits und notwendiger Transparenz sowie kritischer Offenheit andererseits gilt es immer wieder aufs Neue eine Balance auszuhandeln. Was im

normalen Alltag schon schwierig genug erscheint, erhält bei im engeren Sinne sicherheitspolitisch relevanten Themen eine erheblich größere Dimension.

Spätestens seit dem Vietnam-Krieg und nochmals verstärkt im Gefolge der Terroranschläge vom 11. September 2001, werden Medien als integraler Bestandteil von Sicherheitspolitik und im Spannungsfeld zwischen Sicherheitsinteressen und demokratischer Öffentlichkeit diskutiert. Wenn Presse und Rundfunk weder staatliche Propagandaorgane sind, noch sich aus freien Stücken einer Staatsraison unterwerfen, entwickeln sie eine besondere Ambiguität zwischen freier Information und der Gefahr, Konflikte aufzuschaukeln oder gar selbst zum eigentlichen Austragungsort von Auseinandersetzungen zu werden. Dies gilt erst Recht angesichts der weiter zunehmenden Internationalisierung der Medien. Pandemie-Berichterstattung ist ein Beispiel für diesen Zwiespalt; ein anderes sind etwa die weltweit verbreiteten Videobotschaften von Al Kaida.

Der Sammelband *Sicherheit und Medien* tritt an, dieses schwierige Problemfeld wissenschaftlich aufzuarbeiten. Die enthaltenen Aufsätze beleuchten eine breite Auswahl von Aspekten des Gegenstandes. Dabei reicht die Bandbreite von einer Untersuchung der Öffentlichkeitsarbeit des umstrittenen US-Militärdienstleiters ‚Blackwater‘ über die Informationspolitik bei Friedensmissionen der Vereinten Nationen bis hin zu einem Beitrag über Hooliganismus und Medien während der Fußballweltmeisterschaft 2006. Ergänzend hierzu finden sich Grundlagenartikel zur inneren Sicherheit unter den Bedingungen der Globalisierung und zum Spannungsfeld zwischen regulatorischen Eingriffen und freiwilliger *Governance* in der Krisenkommunikation.

So führt etwa Ibrahim Ahmadov aus, wie Nationalstaaten selbst in Sachen innenpolitischer Legitimität darauf angewiesen sind, ihre ‚soft power‘ auch außenpolitisch zur Geltung zu bringen. Politische Werte und Einstellungen müssen – nicht zuletzt durch die Medien – international so wirksam vermittelt werden, dass sie andere Staaten oder Gruppen auf Dauer überzeugen und nachhaltig für sich einnehmen. Das gilt ironischerweise für Staaten und kulturelle Gemeinschaften ebenso wie für den internationalen Terrorismus.

Christoph Rohde untersucht die öffentliche Kommunikation in Krisenfällen aus volkswirtschaftlicher Perspektive und fragt, wie durch regulierende Eingriffe negative externe Effekte vermieden werden können. Vor dem Hintergrund demokratischer Gesellschaften entwirft er ein Modell temporärer Regulierung: Staatliche Akteure sollen vorübergehend Informationen selektiv zurückhalten und die Meinungs- und Medienfreiheit einschränken dürfen, sofern die entsprechenden Manipulationen unmittelbar nach dem Ende der akuten Krisensituation zurückgenommen und aufgeklärt werden.

Gerade diese eher theoretischen Beiträge ragen qualitativ hervor. Trotz ihres zum Teil eher eindimensionalen Medienbildes gelingt es ihnen, den Zusammenhang von Sicherheit und Medien in seinen fundamentalen Aspekten kenntnisreich

darzustellen und zumindest ansatzweise zu diskutieren, während die übrigen Aufsätze kaum über rein deskriptive Fallstudien hinausgehen. Die Zusammenstellung des Bandes wirkt denn auch eher zufällig und muss in der Einleitung der Herausgeber mühevoll begründet werden. So bleibt der wissenschaftliche Mehrwert des Buches leider begrenzt und spiegelt nicht das Niveau wider, das die entsprechende Forschungsdebatte auf internationalem Parkett erreicht hat.

Eric Karstens (Krefeld)